



Bund der Steuerzahler und Transparency Deutschland fordern von der neuen Bundesregierung besseren Hinweisgeberschutz.

Ob fehlerhafte Produkte, Korruptionsfälle oder Steuergeldverschwendung: Oft kommen diese Fälle nicht ans Tageslicht, da Bürger sich nicht trauen, Mißstände zu melden. Daher muß die neue Bundesregierung dafür sorgen, daß mutige Bürger, die auf Rechtsverletzungen oder schwerwiegende Mißstände aufmerksam machen, keine arbeits- oder strafrechtlichen Konsequenzen zu fürchten haben.

Der Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. und die Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland e.V. machen sich dafür stark, daß die geltende Rechtslage verbessert wird.

„Hinweisgeber nehmen oft erhebliche persönliche Risiken für das Gemeinwohl in Kauf. Das Stigma des Denunzianten muß endlich ein Ende haben,“ so Transparency Deutschland, und der Bundes der Steuerzahler verweist auf zahlreiche Hinweise aus der Bevölkerung, die zur Aufdeckung von Steuergeldverschwendung quer durch die Bundesrepublik beitragen.

Diese Bürger kümmern sich um das Gemeinwohl und stärken unser Rechts- und Wirtschaftssystem. Mit ihrem Appell verweisen beide Organisationen darauf, daß die EU-Richtlinie über den Schutz von Geschäftsgeheimnissen bis Juni 2018 in deutsches Recht umgesetzt werden muß.

Darüber hinaus sollte die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag festschreiben, den Hinweisgeberschutz zu verbessern, um aufrichtigen Bürgern den Rücken zu stärken.

- Der Bund der Steuerzahler hat den Hinweisgeberschutz in seine „Wahlprüfsteine – 19 Kernbotschaften für die 19. Legislaturperiode“ aufgenommen. Unsere Service-Hotline für interessierte Bürger: 0800 / 883 83 88 (kostenfrei).
- Transparency Deutschland zählt den Hinweisgeberschutz zu seinen Schwerpunktthemen im Wahljahr und hat 18 Kernforderungen an die deutsche Politik formuliert.

(Bund der Steuerzahler/Transparency Deutschland)